



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 6. Februar 2014
(OR. en)**

**17583/13
ADD 1 REV 2**

**PV/CONS 63
SOC 1028
SAN 516
CONSOM 221**

ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: **3280.**Tagung des Rates der Europäischen Union
**(BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND
VERBRAUCHERSCHUTZ)**vom 9./10. Dezember 2013 in Brüssel

TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN¹

Seite

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

A-PUNKTE (Dok. 17296/13)

1. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Geräuschpegel von Kraftfahrzeugen [erste Lesung] (GA)..... 4

B-PUNKTE (Dok. 17143/13)

4. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen [erste Lesung]..... 4
5. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung [erste Lesung] 4
6. Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen (ÖAV) [erste Lesung] 5
7. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Durchsetzung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen [erste Lesung] 6
12. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Medizinprodukte und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über In-vitro-Diagnostika..... 6

¹ Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN – ANNAHMEN

A-PUNKTE (Dok. 17242/13)

7. Verordnung des Rates zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/8 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif hinsichtlich der Aussetzung des autonomen Zollsatzes bei der Einfuhr von Flugturbinenkraftstoff (KN-Code 2710 19 21) 7
8. Verordnung des Rates zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif hinsichtlich der Aussetzung des autonomen Zollsatzes bei der Einfuhr von Waren zu hygienischen Zwecken 7

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN – ÖFFENTLICHE AUSSPRACHEN

B-PUNKTE (Dok. 17143/13)

8. Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur "Wirksamkeit der institutionellen Mechanismen zur Förderung der Frau und der Gleichstellung der Geschlechter" 8
9. Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für wirksame Maßnahmen zur Integration der Roma in den Mitgliedstaaten 8
10. Jahreswachstumsbericht 2014, Entwurf des Gemeinsamen Berichts zur Beschäftigung und Warnmechanismus-Bericht 8
11. Beschäftigung junger Menschen 9
13. Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zum Reflexionsprozess über moderne, bedarfsorientierte und tragfähige Gesundheitssysteme 10

*

* *

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

A-PUNKTE

1. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Geräuschpegel von Kraftfahrzeugen [erste Lesung] (GA)

= Politische Einigung

16956/13 ENT 327 ENV 1123 MI 1084 CODEC 2746

vom AStV (1. Teil) am 4.12.2013 gebilligt

Der Rat erzielte eine politische Einigung über den obengenannten Verordnungsvorschlag.

B-PUNKTE

4. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen [erste Lesung]

Interinstitutionelles Dossier: 2012/0299 (COD)

– Sachstandsbericht

16433/12 SOC 943 COMPET 708 DRS 130 CODEC 2724

16437/13 SOC 956 EGC 24 ECOFIN 1034 DRS 202 CODEC 2633

+ COR 1

Der Rat nahm den in Dokument 16437/13 + COR 1 enthaltenen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung [erste Lesung]

Interinstitutionelles Dossier: 2008/0140 (COD)

– Sachstandsbericht

11531/08 SOC 411 JAI 368 MI 246

16438/13 SOC 957 EGC 25 JAI 1025 MI 1045 FREMP 187

Der Rat nahm den in Dokument 16438/13 enthaltenen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

**6. Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen (ÖAV)
[erste Lesung]**

Interinstitutionelles Dossier: 2013/0202 (COD)

– Allgemeine Ausrichtung

11474/13 SOC 534 MI 579 CODEC 1581

+ REV 1 (pl)

17001/13 SOC 996 MI 1101 CODEC 2763

17071/13 SOC 999 MI 1106 CODEC 2776

Der Rat legte eine allgemeine Ausrichtung zu dem Text des Vorsitzes fest (siehe Dokument 17071/13). Er kam überein, eine "Erklärung des Rates der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zur Einrichtung eines ÖAV-Netzes" in das Ratsprotokoll aufzunehmen (Dok. 17001/13 – Erklärung ist nachstehend wiedergegeben).

Erklärung des Rates der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zur Einrichtung eines europäischen Netzes der öffentlichen Arbeitsverwaltungen (ÖAV)

"Der Rat der Europäischen Union

1. BEGRÜSST den Vorschlag der Kommission für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den ÖAV als ein zusätzliches Instrument, das einen positiven Beitrag zu den laufenden umfassenderen Bemühungen leisten kann, die darauf abzielen, den bestehenden Strukturen mehr Wirksamkeit bei der Bewältigung der Arbeitslosigkeit zu verleihen;
2. BETONT die Bedeutung einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den ÖAV im Wege der Formalisierung des bestehenden europäischen Netzes der Leiter der ÖAV;
3. ERINNERT DARAN, dass das Europäische Parlament und der Rat gemäß Artikel 149 AEUV Anreizmaßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten beschließen können;
4. IST SICH BEWUSST, dass der tatsächliche Mehrwert des Netzes in der Teilnahme aller Mitgliedstaaten liegt, da dadurch die Entwicklung und Umsetzung von Benchmarking-Systemen und Maßnahmen des wechselseitigen Lernens, um einen geeigneten Prozess des Benchlearning zu entwickeln, ermöglicht wird.

Vor diesem Hintergrund erklären die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, dass sie für die Einrichtung eines entsprechenden Netzes eintreten und beabsichtigen, an einem solchen Netz teilzunehmen, damit es wirksam funktionieren und einen echten Mehrwert bieten kann."

7. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Durchsetzung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen [erste Lesung]

Interinstitutionelles Dossier: 2012/0061 (COD)

– Allgemeine Ausrichtung

8040/12 SOC 224 MI 193 COMPET 168 CODEC 833

+ COR 1

17075/13 SOC 1000 MI 1107 COMPET 881 CODEC 2777

+ ADD 1

Der Rat legte eine allgemeine Ausrichtung zu dem Text des Richtlinienentwurfs (siehe Dok. 17611/13) fest und kam überein, eine Erklärung folgenden Wortlauts in das Ratsprotokoll aufzunehmen:

**Erklärung der Kommission
zu Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe e**

"Ob die Stelle, die dem entsandten Arbeitnehmer vorübergehend zugewiesen wird, um seine Tätigkeit im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen auszuüben, in früheren Zeiträumen mit demselben oder einem anderen (entsandten) Arbeitnehmer besetzt war, stellt nur eines der möglichen Kriterien dar, die im Rahmen einer Gesamtbewertung der faktischen Situation im Zweifelsfall zu berücksichtigen sind.

Die bloße Tatsache, dass dies eines der Kriterien sein kann, sollte keinesfalls als Verbot oder Hindernis für eine etwaige Ersetzung eines entsandten Arbeitnehmers durch einen anderen entsandten Arbeitnehmer ausgelegt werden, das eine solche Ersetzung insbesondere bei Dienstleistungen vorkommen kann, die auf saisonaler, zyklischer oder repetitiver Basis erbracht werden."

12. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Medizinprodukte und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 [erste Lesung]

Interinstitutionelles Dossier: 2012/0266 (COD)

und

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über In-vitro-Diagnostika [erste Lesung]

Interinstitutionelles Dossier: 2012/0267 (COD)

– Sachstandsbericht

– Gedankenaustausch

16609/13 PHARM 67 SAN 465 MI 1061 COMPET 862 CODEC 2672

16610/13 PHARM 68 SAN 466 MI 1062 COMPET 863 CODEC 2673

Der Rat nahm den in Dokument 16609/13 enthaltenen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Der Rat führte anhand der Fragen in Dokument 16610/13 einen Gedankenaustausch über die obengenannten Gesetzgebungsdossiers.

Die Delegationen, die sich zu Wort meldeten, bekräftigten in ihren Ausführungen, dass die Überwachungsmaßnahmen verstärkt werden müssten, um Unfälle zu vermeiden und das Vertrauen der Verbraucher wiederherzustellen.

Als Mittel, mit denen dieses Ziel erreicht werden könnte, nannten einige Delegationen unter anderem strengere Anforderungen an die benannten Stellen, einen Prüfungsmechanismus für Medizinprodukte mit hohem Risiko und die Gewährleistung der Rückverfolgbarkeit implantierbarer Geräte, um auf diese Weise einen Beitrag zu ihrer Sicherheit zu leisten.

Die Delegationen unterstützten den Ansatz der Kommission hinsichtlich der vorgeschlagenen Bestimmungen über die Aufbereitung von Medizinprodukten: Der Verarbeiter sollte die Pflichten des Herstellers übernehmen. Dennoch möchten die Mitgliedstaaten an der Möglichkeit festhalten, die Verwendung aufbereiteter Medizinprodukte in ihrem Hoheitsgebiet zu untersagen.

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN – ANNAHMEN *(gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates)*

A-PUNKTE

7. **Verordnung des Rates zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif hinsichtlich der Aussetzung des autonomen Zollsatzes bei der Einfuhr von Flugturbinenkraftstoff (KN-Code 2710 19 21)**

16241/13 TDC 19

Der Rat nahm die obengenannte Verordnung an (Rechtsgrundlage: Artikel 31 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union).

8. **Verordnung des Rates zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif hinsichtlich der Aussetzung des autonomen Zollsatzes bei der Einfuhr von Waren zu hygienischen Zwecken**

16243/13 TDC 20

+ REV 1 (lt)

Rat nahm die obengenannte Verordnung an (Rechtsgrundlage: Artikel 31 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union).

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN – ÖFFENTLICHE AUSSPRACHEN

(gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates [Vorschlag des Vorsitzes])

B-PUNKTE

8. Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur "Wirksamkeit der institutionellen Mechanismen zur Förderung der Frau und der Gleichstellung der Geschlechter"

- Annahme

15905/13 SOC 913 EGC 18

Der Rat nahm die in dem obengenannten Dokument enthaltenen Schlussfolgerungen an. Der endgültige Wortlaut des Textes ist in Dokument 17605/13 wiedergegeben.

9. Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für wirksame Maßnahmen zur Integration der Roma in den Mitgliedstaaten

- Annahme

11738/13 SOC 552 POLGEN 128 JAI 577 EDUC 281 FREMP 99
COHOM 143 FSTR 67 FC 34 REGIO 139

16802/13 SOC 982 EGC 27 POLGEN 238 JAI 1063 EDUC 447 FREMP 196
COHOM 264 FSTR 156 FC 90 REGIO 281

16790/13 SOC 981 EGC 26 POLGEN 237 JAI 1061 EDUC 446 FREMP 195
COHOM 263 FSTR 155 FC 89 REGIO 280

Der Rat nahm die in Dokument 16790/13 enthaltene Empfehlung an.

10. Jahreswachstumsbericht 2014, Entwurf des Gemeinsamen Berichts zur Beschäftigung und Warnmechanismus-Bericht

- Vorstellung durch die Kommission
- Gedankenaustausch

15803/13 ECOFIN 984 SOC 904 COMPET 781 EDUC 425 ENV 1025
RECH 509 ENER 502 FISC 214 JAI 1039

+ COR 1

16348/13 SOC 953 EMPL 19 ECOFIN 1030 EDUC 442 JEUN 114
15808/13 UEM 376 ECOFIN 985 SOC 905

+ COR 1 (en)

16843/13 SOC 983 EMPL 21 ECOFIN 1071 EDUC 449

+ ADD 1

a) Fortschrittsanzeiger mit Beschäftigungs- und Sozialindikatoren - Kapitel 3 des Gemeinsamen Berichts zur Beschäftigung

- Billigung des Fortschrittsanzeigers

16844/13 SOC 984 EMPL 22 ECOFIN 1072 EDUC 450 JEUN 116

- b) **Anzeiger für die Leistungen im Beschäftigungsbereich und Benchmarking**
 - Billigung des aktualisierten Berichts des Beschäftigungsausschusses
16845/13 SOC 985 EMPL 23 ECOFIN 1073 EDUC 451
+ COR 1
- c) **Beratungen des Ausschusses für Sozialschutz über die Vorabkoordination bei wichtigen sozialpolitischen Reformen**
 - Bericht des Vorsitzes
16890/13 SOC 989 ECOFIN 1102

Im Anschluss an die Erläuterungen der Kommission führte der Rat einen Gedankenaustausch über den Jahreswachstumsbericht, den Entwurf des Gemeinsamen Berichts zur Beschäftigung und den Warnmechanismus-Bericht. Die Delegationen begrüßten die in dem Jahreswachstumsbericht enthaltene Analyse der Kommission und erklärten sich generell damit einverstanden, dass an den politischen Prioritäten für 2014 festgehalten wird. Die Beschäftigungslage sei weiterhin besorgniserregend; das Wirtschaftswachstum müsse arbeitsplatzintensiv sein, damit der noch nicht robuste Aufschwung spürbare Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben könne. Bestimmten Gruppen, wie jungen Menschen, müsse weiterhin besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Was das im Rahmen des Entwurfs des Gemeinsamen Berichts zur Beschäftigung vorgelegte neue Scoreboard beschäftigungs- und sozialpolitischer Indikatoren betrifft, so billigte der Rat das derzeit vorliegende Scoreboard (Dok. 16844/13), stellte jedoch gleichzeitig fest, dass noch weiter an der Feinabstimmung des Instruments und seiner Integration in den bestehenden Rahmen der beschäftigungs- und sozialpolitischen Steuerung gearbeitet werden muss, damit es sein Potenzial voll entfalten kann. Der Rat billigte den Anzeiger für Leistungen im Beschäftigungsbereich (Dokument 16845/13).

11. Beschäftigung junger Menschen

- i) **Vorschlag der Kommission für eine Empfehlung des Rates zum Thema "Qualitätsrahmen für Praktika"**
 - Vorstellung durch die Kommission
17367/13 SOC 1017 EMPL 25 ECOFIN 1111 EDUC 458 JEUN 119
- ii) **Umsetzung der Jugendgarantie / Beschäftigungsinitiative für Jugendliche**
 - Sachstand

Die Kommission erläuterte ihren Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum Thema "Qualitätsrahmen für Praktika" (Dokument 17367/13), der von den Delegationen als zusätzlicher Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit begrüßt wurde. Die Mitgliedstaaten führten einen Gedankenaustausch, wobei sie sich darin einig waren, dass die Jugendarbeitslosigkeit in der EU besorgniserregend hoch ist. Es wurde mit Nachdruck hervorgehoben, dass die Einführung einer Jugendgarantie und die dabei erforderliche Koordinierung aller Beteiligten ein komplexes Unterfangen sei. Unter Hinweis auf einen von der spanischen Delegation verteilten Vermerk (Dokument 17191/13) wurden die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Finanzierung der Beschäftigungsinitiative für Jugendliche angesprochen, insbesondere das Problem der Vorauszahlungen im Rahmen des ESF.

Die Mitgliedstaaten traten für vereinfachte und transparente Verfahren für die Bereitstellung der Finanzmittel ein. Ein weiterer Punkt, der besprochen wurde, betrifft die Vereinbarkeit der Haushaltsbemühungen zur Einführung der Jugendgarantie mit den Defizitziele. Der Rat begrüßte die laufenden Arbeiten des Beschäftigungsausschusses in Bezug auf die Überwachung der Jugendgarantie und der länderspezifischen Empfehlungen zur Jugendpolitik.

13. Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zum Reflexionsprozess über moderne, bedarfsorientierte und tragfähige Gesundheitssysteme

– Annahme

16570/13 SAN 462

Der Rat nahm die in Dokument 16570/13 enthaltenen Schlussfolgerungen an. Der Wortlaut der Schlussfolgerungen wird im Amtsblatt der EU veröffentlicht.
